

No. 25117

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
MAURITANIA

**Treaty concerning the promotion and reciprocal protection
of capital investment (with protocol). Signed at Bonn on
8 December 1982**

Authentic texts: German and French.

Registered by the Federal Republic of Germany on 24 July 1987.

RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
MAURITANIE

**Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle
des investissements de capitaux (avec protocole). Signé
à Bonn le 8 décembre 1982**

Textes authentiques : allemand et français.

Enregistré par la République fédérale d'Allemagne le 24 juillet 1987.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER ISLAMISCHEN REPUBLIK MAURETANIEN ÜBER
DIE FÖRDERUNG UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON
KAPITALANLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland und die Islamische Republik Mauretanien,
in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden
Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1. Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Gebühren entfallen;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Islamische Republik Mauretanien: Bürger Mauretaniens im Sinne des Gesetzes Nr. 61.112 vom 12. Januar 1961 betreffend die mauretani-sche Staatsangehörigkeit und des Gesetzes Nr. 73.010 vom 23. Januar 1973, durch das die Artikel 9, 30 und 58 des genannten Gesetzes geändert wurden.

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Islamische Republik Mauretanien: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft, jeder Zusammenschluß von Personen oder jede Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Inland haben und nach den mauretanischen Gesetzen zu Recht bestehen, gleichviel, ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2. Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 3. (1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf die Vorrechte, die eine Vertragspartei wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Länder einräumt.

Artikel 4. (1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden; die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der

Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5. Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- und anderen Gebühren für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *d* definierten Rechte;
- e) des Liquidationserlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6. Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 sinngemäß.

Artikel 7. (1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Vereinbarung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 unverzüglich zu dem für die vereinbarte Währung jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (*cross rate*) entsprechen, der sich aus jenen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8. (1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen

den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9. Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10. (1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der

Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11. Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artikel 12. Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 13. (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird er auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

[For the testimonium and signatures, see p. 220 of this volume — Pour le testimonium et les signatures, voir p. 220 du présent volume.]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE ISLAMIQUE DE MAURITANIE
ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF
À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION MUTUELLE
DES INVESTISSEMENTS DE CAPITAUX

La République islamique de Mauritanie et la République fédérale d'Allemagne,

Désireuses d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

Soucieuses de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat et

Reconnaissant qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations,

Sont convenues de ce qui suit :

Article 1^{er}. Aux fins du présent Traité

1. Le terme « investissement » comprend toutes les catégories de biens, notamment

- a) La propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques et droits de gage;
- b) Les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;
- c) Les créances relatives à des capitaux qui ont été utilisés pour créer une valeur économique ou les créances relatives à des prestations présentant une valeur économique;
- d) Les droits d'auteurs, droits de propriété industrielle, procédés techniques, marques de commerce, noms commerciaux, le savoir-faire et le savoir-être;
- e) Les concessions de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation;

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement;

2. On entend par « produits » les montants versés à titre de bénéfices, de dividendes, d'intérêts, de droits de licence ou autres sur des investissements pour une période déterminée;

3. On entend par « ressortissants »

- a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
- b) En ce qui concerne la République islamique de Mauritanie : les citoyens mauritaniens au sens de la Loi n° 61.112 du 12 janvier 1961 portant Code de la Nationalité mauritanienne et de la Loi n° 73.010 du 23 janvier 1973 modifiant les articles 9, 30 et 58 de cette même loi;

¹ Entré en vigueur le 26 avril 1986, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn le 26 mars 1986, conformément au paragraphe 2 de l'article 13.

4. On entend par « sociétés »

- a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège dans le champ d'application allemand du présent Traité et constituée légalement en conformité avec la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non;
- b) En ce qui concerne la République islamique de Mauritanie : toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société, regroupement de personnes ou association avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège établi sur le territoire national, et constitué légalement en conformité avec la législation mauritanienne, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Article 2. Chaque Partie contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante et admettra ces investissements en conformité avec sa législation. Elle traitera les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 3. (1) Aucune Partie contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'États tiers.

(2) Aucune Partie contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'États tiers.

(3) Ce traitement ne s'étendra pas aux privilèges consentis par une Partie contractante aux ressortissants ou sociétés de pays tiers, en raison soit de son appartenance à une union douanière ou économique, un marché commun ou une zone de libre-échange, soit de son association avec l'un ou l'autre de ces derniers.

Article 4. (1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les investissements de capitaux de ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante ne pourront faire l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, d'une expropriation, nationalisation ou d'autres mesures dont les effets seraient équivalents à [ceux] d'une expropriation ou d'une nationalisation, que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation ou la nationalisation a été rendue publique. L'indemnité devra être versée sans délai et produire, jusqu'à la date du versement, des intérêts calculés au taux bancaire en vigueur; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard au moment de

l'expropriation, de la nationalisation ou de l'exécution de mesures comparables, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures comparables et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements seront librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5. Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des versements effectués en connexion avec un investissement, notamment

- a) Du capital et des montants additionnels destinés au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Des produits;
- c) Des versements destinés au remboursement d'emprunts;
- d) Des droits de licence et autres au titre des droits définis à l'alinéa d du paragraphe 1 de l'article 1^{er} ci-dessus;
- e) Du produit de la liquidation en cas d'aliénation totale ou partielle de l'investissement.

Article 6. Si une Partie contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie contractante, sans préjudice des droits de la première Partie contractante découlant de l'article 10 ci-dessous, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie contractante. En outre, l'autre Partie contractante reconnaîtra la subrogation en faveur de la première Partie contractante de tous ces droits et revendications (droits transmis) que la première Partie contractante sera autorisée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie contractante en question en vertu de la transmission des droits, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 ci-dessus sont applicables *mutatis mutandis*.

Article 7. (1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre des paragraphes 2 ou 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 ou de l'article 6 ci-dessus seront effectués sans délai au cours respectif de la monnaie convenue.

(2) Ce cours devra être en conformité avec le taux croisé résultant des cours de change qu'appliquerait le Fonds Monétaire International à la date du versement pour convertir les monnaies respectives en droits de tirage spéciaux.

Article 8. (1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations découlant du droit international, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Chaque Partie contractante respectera toute autre obligation dont elle aura convenu, relativement à des investissements, avec des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire.

Article 9. Le présent Traité sera également applicable aux investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes auront, en conformité avec la législation de l'autre Partie contractante, effectués sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 10. (1) Les divergences de vues entre les Parties contractantes relatives à l'interprétation ou l'application du présent Traité devront, autant que possible, être réglées par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

(2) Si une divergence de vues ne peut être réglée de cette façon, elle sera soumise à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué *ad hoc*; chaque Partie contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre la divergence de vues à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il appartiendrait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux Parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage pourra fixer un autre règlement concernant les dépenses. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage réglera lui-même sa procédure.

(6) Si les deux Parties contractantes sont membres de la Convention pour le Règlement des Différends relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortis-

sants d'autres Etats du 18 mars 1965¹, le tribunal d'arbitrage prévu ci-dessus, vu les dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de cette Convention, ne pourra pas être saisi pour autant qu'un accord ait été réalisé, conformément à l'article 25 de ladite Convention, entre le ressortissant ou la société d'une Partie contractante et l'autre Partie contractante. Il n'est pas dérogé à la possibilité de saisir le tribunal d'arbitrage prévu ci-dessus dans le cas de la non-observation d'une décision judiciaire émanant du tribunal d'arbitrage constitué aux termes de la Convention susmentionnée (article 27) ou dans le cas de la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat conformément à l'article 6 du présent Traité.

Article 11. Le présent Traité restera en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que des relations diplomatiques existent ou non.

Article 12. A l'exception des dispositions du numéro 6 du Protocole et dans la mesure où ces dispositions concernent la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au *Land de Berlin*, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République islamique de Mauritanie dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 13. (1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible à Bonn.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé par la suite pour une durée illimitée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties contractantes sous réserve d'un préavis de douze mois. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 12 ci-dessus resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

GESCHEHEN zu Bonn am 8. Dezember 1982 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn, le 8 décembre 1982, en double exemplaire en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Pour la République fédérale d'Allemagne :

VON STADEN

Pour la République islamique de Mauritanie :

Für die Islamische Republik Mauretanien:

BABALY

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Mauretanien haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) *Zu Artikel 1*

a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) *Zu Artikel 2*

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(3) *Zu Artikel 3*

a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeits-erlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) *Zu Artikel 4*

a) Unter „Enteignung“ ist jede Entziehung oder jede einer Entziehung gleichkommende Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

b) Ein Anspruch auf Leistung einer Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalan-

lage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) *Zu Artikel 7*

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

[For the testimonium and signatures, see p. 225 of this volume — Pour le testimonium et les signatures, voir p. 225 du présent volume.]

PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République islamique de Mauritanie et la République fédérale d'Allemagne, les plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme faisant partie intégrante du Traité;

(1) *Ad article 1^{er}*

a) Les produits de l'investissement et, en cas de réinvestissement, les produits de leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement.

b) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie contractante toute personne titulaire d'un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie contractante en question.

(2) *Ad article 2*

Les investissements effectués en conformité avec la législation de l'une des Parties contractantes dans le champ d'application de son droit par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, jouissent de l'entière protection du présent Traité.

(3) *Ad article 3*

a) Seront considérés comme « activité » au sens du paragraphe 2 de l'article 3 notamment, mais pas exclusivement : l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 3 : toute restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 3.

b) Les Parties contractantes examineront avec bienveillance, dans le cadre de leur législation interne, les demandes d'entrée et d'autorisation de séjour introduites par des personnes d'une Partie contractante qui désirent entrer dans le territoire de l'autre Partie contractante en connexion avec un investissement de capital et sa mise en œuvre; il en sera de même pour les travailleurs d'une Partie contractante qui désirent, en connexion avec un investissement, entrer dans le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner en vue d'exercer une activité rémunérée. Les demandes de permis de travail seront également examinées avec bienveillance.

(4) *Ad article 4*

a) On entend par « expropriation » tout retrait, ou toute limitation équivalant à un retrait, de tout droit de propriété qui, seul ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

b) Le versement d'une indemnité pourra également être revendiqué s'il y a eu intervention de l'Etat dans la société qui fait l'objet de l'investissement de

capital et si la substance économique de ladite société s'est ainsi trouvée considérablement compromise.

(5) *Ad article 7*

Est considéré comme effectué « sans délai » au sens du paragraphe 1 de l'article 7, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une demande y afférente et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) En cas de transport de biens ou de personnes en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux, les Parties contractantes n'excluront pas et n'entraveront pas les entreprises de transport de l'autre Partie contractante et, en cas de besoin, accorderont les autorisations nécessaires aux transports.

Cette disposition s'applique aux transports

- a) De biens qui sont destinés directement à un investissement de capital au sens du présent Traité ou qui sont achetés sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un Etat tiers par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise dans laquelle des fonds au sens du présent Traité sont investis;
- b) De personnes qui effectuent des voyages en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux.

GESCHEHEN zu Bonn am 8. Dezember 1982 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn, le 8 décembre 1982, en double exemplaire en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Pour la République fédérale d'Allemagne :

VON STADEN

Pour la République islamique de Mauritanie :

Für die Islamische Republik Mauretanien:

BABALY

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE ISLAMIC REPUBLIC OF MAURITANIA CONCERNING
THE PROMOTION AND RECIPROCAL PROTECTION OF CAPITAL INVESTMENT

The Federal Republic of Germany and the Islamic Republic of Mauritania,
Desiring to intensify economic co-operation between the two States,
Seeking to create favourable conditions for capital investment by nationals or
companies of either State in the territory of the other State, and

Recognizing that the encouragement and contractual protection of such
investment are apt to stimulate private business initiative and to increase the
prosperity of both nations,

Have agreed as follows:

Article 1. For the purposes of this Treaty:

1. The term "investment" means every kind of asset, particularly:

- (a) Movable and immovable property and any other property rights, such as mortgages and liens;
- (b) Shares and other kinds of interest in companies;
- (c) Claims to money utilized for the purpose of creating an economic value or to any performance having an economic value;
- (d) Copyright, industrial property rights, technical processes, trade marks, trade names, know-how and good will;
- (e) Concessions under public law, including exploration and exploitation concessions;

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their status as investments.

2. The term "returns" means the amounts derived from an investment as profits, dividends, interest, royalties or other rights for a specific period.

3. The term "nationals" means:

- (a) In respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany;
- (b) In respect of the Islamic Republic of Mauritania: Mauritians within the meaning of Act No. 61.112 of 12 January 1961 containing the Mauritanian Nationality Code, and Act No. 73.010 of 23 January 1973, amending articles 9, 30 and 58 of that Act.

¹ Came into force on 26 April 1986, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bonn on 26 March 1986, in accordance with article 13 (2).

4. The term "companies" means:

- (a) In respect of the Federal Republic of Germany: any juridical person or any commercial or other company or association, within or without legal personality, having its seat in the German area covered by this Treaty, and validly constituted under the law, irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited and whether or not it operates for profit;
- (b) In respect of the Islamic Republic of Mauritania: any juridical person or any commercial or other company, group of persons or association, with or without legal personality, having its seat in Mauritanian territory, and validly constituted under Mauritanian law, irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited and whether or not it operates for profit.

Article 2. Each Contracting Party shall, as far as possible, promote capital investment in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party and shall permit such investment in accordance with its legislation. It shall, in all cases, accord just and equitable treatment to such investment.

Article 3. 1. Neither Contracting Party shall, in its territory, subject investments owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than that which it accords to investments of its own nationals and companies or to investments of nationals or companies of third States.

2. Neither Contracting Party shall, in its territory, subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards activities in connection with investments, to treatment less favourable than that which it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of third States.

3. The treatment so granted shall not apply to privileges which a Contracting Party accords to nationals or companies of a third country because of their membership in, or association with, a customs union, an economic union, a common market or a free trade area.

Article 4. 1. Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

2. Investments by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to measures equivalent in effect to expropriation or nationalization except for reasons of public policy and against compensation. Such compensation shall be equal to the value of the expropriated investment immediately prior to the date on which the expropriation or nationalization was made public. The compensation shall be paid without delay and shall, until the date of payment, yield interest at the prevailing bank rate; it shall be in the form of liquid resources and freely transferable. Adequate arrangements shall be made, at or prior to the time of the expropriation, nationalization or similar measure, for determining and paying such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or similar measure and the amount of the compensation shall be subject to review by the ordinary courts.

3. Nationals or companies of one Contracting Party whose investments suffer losses as a result of war or other armed conflict, revolution, a state of national

emergency or an insurrection in the territory of the other Contracting Party shall be accorded by the latter Party treatment no less favourable, as regards restitution, indemnification, compensation or other reparation, than that which the latter Party accords to its own nationals or companies. All such payments shall be freely transferable.

4. In all matters governed by this article, nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party.

Article 5. Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments made in connection with an investment, particularly the transfer of:

- (a) Capital and additional amounts intended to maintain or increase the investment;
- (b) Returns;
- (c) Loan repayments;
- (d) Royalties and other payments derived from the rights specified in article 1, paragraph 1(d);
- (e) Proceeds from the disposal of all or part of an investment.

Article 6. If a Contracting Party, by virtue of a guarantee assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, makes payments to its own nationals or companies, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim from such national or company to the former Contracting Party. The other Contracting Party shall further recognize the subrogation of the former Contracting Party in respect of any such right or claim which that Contracting Party may assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to be made to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, the provisions of article 4, paragraphs 2 and 3, and of article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7. 1. Unless the parties shall have otherwise arranged with the approval of the competent authorities of the Contracting Party in whose territory the investment is situated, transfers of funds under article 4, paragraph 2 or 3, article 5, or article 6 shall be effected without delay in the agreed currency and at the prevailing rate of exchange.

2. Such rate of exchange shall conform to the cross rate based on exchange rates which the International Monetary Fund would apply on the day of payment to convert the respective currencies into special drawing rights.

Article 8. 1. If the legislation of either Contracting Party or international obligations, whether existing at present or established hereafter, between the Contracting Parties in addition to this Treaty, give rise to general or specific regulations which accord more favourable treatment to the investments of the nationals or companies of the other Contracting Party than is provided for by this Treaty, such regulations shall prevail over this Treaty insofar as they are more favourable.

2. Each Contracting Party shall fulfil any other obligation which it may have entered into with regard to investments in its territory, through agreements with nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9. This Treaty shall also apply to investments which nationals or companies of either Contracting Party, acting in accordance with the legislation of the other Contracting Party, have made in the territory of that other Party prior to the entry into force of this Treaty.

Article 10. 1. Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall be settled, to the extent possible, between the Governments of the two Contracting Parties.

2. If a dispute cannot thus be settled, it shall, upon the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

3. The arbitral tribunal shall be constituted in each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall then agree upon a national of a third State as the Chairman, to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which one Contracting Party notifies the other of its desire to submit the dispute to an arbitral tribunal.

4. If the time-limits specified in paragraph 3 have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party, or if he too is prevented from discharging the said function, the member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make the appointments.

5. The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member of the tribunal and of its representation in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be shared equally by the Contracting Parties. The arbitral tribunal can decide to apportion the costs differently. In all other respects the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

6. If the two Contracting Parties are parties to the Convention on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States of 18 March 1965,¹ they shall not have recourse, under the terms of article 27, paragraph 1, of that Convention, to the arbitral tribunal provided for above, if the agreement referred to in article 25 of the Convention has been concluded between the national or company of either Contracting Party and the other Contracting Party. The option of recourse to the arbitral tribunal referred to above shall not be affected in the event of non-compliance with a judicial decision of the arbitral tribunal established under the Convention (article 27), or in the event of an assignment of any right or claim whether under a law or pursuant to a legal transaction, in accordance with article 6 of this Treaty.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

Article 11. This Treaty shall remain in force even in the event of disputes between the Contracting Parties, without prejudice to the right to take such interim measures as are permitted under the general rules of international law. Such measures shall be rescinded not later than the date of the actual ending of the dispute, irrespective of whether or not diplomatic relations exist.

Article 12. With the exception of the provisions of paragraph 6 of the Protocol and insofar as such provisions relate to air transport, this Treaty shall also apply to *Land Berlin*, unless the Government of the Federal Republic of Germany declares otherwise to the Government of the Islamic Republic of Mauritania within three months of the entry into force of this Treaty.

Article 13. 1. This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

2. This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for 10 years and shall thereafter remain in force indefinitely unless it is terminated by either Contracting Party upon one year's written notice. On expiry of the period of 10 years, the Treaty may be denounced at any time but shall remain in force for a further year after denunciation.

3. In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 above shall continue to be applicable for 20 years from the date of termination of the Treaty.

DONE at Bonn on 8 December 1982, in duplicate in the German and French languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:
VON STADEN

For the Islamic Republic of Mauritania:
BABALY

PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the promotion and reciprocal protection of capital investment concluded between the Federal Republic of Germany and the Islamic Republic of Mauritania, the undersigned plenipotentiaries have agreed also on the following arrangements, which shall be regarded as an integral part of the Treaty:

1. *Ad Article 1*

(a) Investment returns and, in the case of re-investment, returns from re-investment shall enjoy the same protection as investments.

(b) Without prejudice to any other method of determining nationality, any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of a Contracting Party shall be deemed to be a national of that Party.

2. *Ad Article 2*

Investments made in accordance with the legislation of either Contracting Party within the area of application of that Party's legal system by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of this Treaty.

3. *Ad Article 3*

(a) Activities within the meaning of article 3, paragraph 2 shall include, but not be limited to, the management, application, use and enjoyment of an investment. "Less favourable" treatment within the meaning of article 3 shall be deemed to include any restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, energy, and fuel, and of means of production or operation of any kind, any impediment to the sale of products on domestic or foreign markets, and any other measures having a similar effect. Measures taken for reasons of security, law and order and public health or morality shall not be deemed to be "less favourable" treatment within the meaning of article 3.

(b) The Contracting Parties shall, within the framework of their domestic legislation, consider favourably applications for entry and permission to stay by persons of one Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in order to initiate or execute a capital investment; similar treatment shall be accorded to workers from either Contracting Party who, in connection with an investment, wish to enter and stay in the territory of the other Contracting Party in order to carry on an activity as employees. All applications for a work permit shall likewise receive favourable consideration.

4. *Ad Article 4*

(a) The term "expropriation" means any withdrawal or any limitation equivalent to a withdrawal, of any right of ownership which alone or together with other rights constitutes a capital investment.

(b) Compensation may also be claimed if there has been State intervention in the company in which the capital investment has been made and if that company's financial situation has thereby been seriously compromised.

5. *Ad Article 7*

A transfer shall be deemed to have been made "without delay", within the meaning of article 7, paragraph 1, when made within the period normally required

for the completion of transfer formalities. The period shall commence on the day on which the relevant application is submitted and shall in no case exceed two months.

6. With regard to the transport of goods or passengers in connection with the investment of capital, neither Contracting Party shall exclude or impede transport enterprises of the other Contracting Party and each shall grant any transport permits required.

This provision shall apply to the transport of:

- (a) Goods directly intended for capital investment within the meaning of this Treaty or those purchased in the territory of a Contracting Party or a third State by or on behalf of an enterprise in which funds are invested within the meaning of this Treaty;
- (b) Persons travelling for the purpose of undertaking capital investment.

DONE at Bonn on 8 December 1982, in duplicate, in the German and French languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

VON STADEN

For the Islamic Republic of Mauritania:

BABALY
